

Seminar „Aktuelle Probleme des Polizei- und Versammlungsrechts“

Eine gemeinsame Veranstaltung der Goethe-Universität Frankfurt und der Humboldt-Universität Berlin

am 14.-16.01.2016 in Berlin (14.01. ab 18:00 Uhr, 16.01. bis 18:00 Uhr)

Allgemeines

Das Recht der Gefahrenabwehr befindet sich in ständiger politischer Diskussion und Entwicklung. Das Seminar dient der Vertiefung und rechtspolitischen Einordnung dieses prüfungsrelevanten Themengebiets. Der Schwerpunkt liegt auf aktuellen Entwicklungen (z.B. Maßnahmen gegen „Dschihadisten“, fremdenfeindliche Versammlungen, „Twittern“ von Polizeibehörden) und neuerer Rechtsprechung (z.B. zu Antiterrordateien, Versammlungen auf Privatgelände, Bild- und Tonaufzeichnungen bei Versammlungen). Die Themen werden mit Gästen aus Forschung und Praxis diskutiert. Geplant ist zudem eine halbtägige Exkursion.

Das Seminar findet als Blockveranstaltung an der Humboldt-Universität Berlin statt. Es wird aus Mitteln des 1822-Preises für exzellente Lehre finanziert. Für die Studierenden aus Frankfurt können auf Antrag die Reisekosten nach Berlin übernommen werden (Zugfahrkarte 2. Kl. oder Kilometerpauschale). Die Unterkunft muss selbständig organisiert und finanziert werden.

Die Zahl der Plätze ist begrenzt. Vorkenntnisse im Allgemeinen Verwaltungsrecht sowie im Polizei- und Versammlungsrecht sind von Vorteil. **Anmeldungen bitte an: sekretariat-wapler@jura.uni-frankfurt.de. Bitte nennen Sie uns dabei Ihren Namen, Studienfach und Semesterzahl, eine kurze Begründung Ihres Interesses an dem Seminar und Ihr Wunschthema.**

Themen

Themenkomplex 1: Gewalt bei Sportveranstaltungen (Fangewalt)

1. Polizei- und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen gewaltbereite/gewalttätige Fans: Rechtslage und Praxis
2. Datenschutzrechtliche Probleme: Gewalttäterdateien

Themenkomplex 2: Häusliche Gewalt

3. Zivil-, ordnungs- und strafrechtliche Maßnahmen gegen häusliche Gewalt: Rechtslage und Praxis

Themenkomplex 3: Grenzüberschreitende Kriminalität am Beispiel der „Dschihad-Touristen“

4. Polizeirechtliche Maßnahmen und rechtspolitische Diskussion (insb. Überwachung, Passenzug)
5. Bundesrechtliche Maßnahmen (Bundespolizei, Verfassungsschutz, Antiterrordatei)

Themenkomplex 4: Neuere Entwicklungen im Versammlungsrecht

6. Versammlungen im privaten/teilprivatisierten Raum (Fraport, „Bierdosen-Flashmob“ – BVerfG, 18.07.2015, 1 BvQ 25/15)
7. Gewalt- und Militanzverbote im Versammlungsrecht
8. Datenschutzrechtliche Fragen: Bild- und Tonaufzeichnungen von Versammlungen; polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit im Internet/bei Twitter
9. Dokumentation polizeilicher Einsätze: die Debatte um Kennzeichnungspflichten und Body Cams

Die Themen können doppelt vergeben werden. In diesem Fall wird die Bereitschaft vorausgesetzt, eine *gemeinsame* Präsentation als Einstieg in die Diskussion zu erarbeiten.

Gäste:

- Themenkomplex 1: Mitarbeiter/in eines Fanprojekts (angefragt)
- Themenkomplex 2: Mitarbeiterin der „Berliner Initiative gegen Gewalt“ (angefragt)
- Themenkomplex 3: Referent/in des Bundesinnenministeriums, Abteilung Terrorismus und Extremismus
- Themenkomplex 4: Mitarbeiter/in des Archivs der Jugendkulturen, Berlin

Literatur

- Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 5. Aufl. 2012
Gusy, Polizei- und Ordnungsrecht, 9. Aufl. 2014
Pieroth/Schlink/Kniesel, Polizei- und Ordnungsrecht mit Versammlungsrecht, 8. Aufl. 2014
Trurnit, Grundfälle zum Versammlungsrecht, Jura 2014, 486-496